



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Vertrieb monatlich 1,50 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtskassendirektion Reutlingen Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Saver & Co., Wildbad; Hirschfelder Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postfachkonto 261 74 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Beleg Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Restbetrag 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Ausnahmestellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Beilegung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg. Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 86, Telefon 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Heißes Eisen für den Völkerbund

Nach dem Scheitern der Londoner Viermächtekonferenz war von vornherein anzunehmen, daß der Völkerbundsrat in Genf, seiner Liebertätigkeit getreu, dieses heiße Eisen möglichst schnell wieder von sich werfen werde. Dabei darf freilich nicht vergessen werden, daß für den Rat nicht das Auftreten Lardieus, sondern ein vor kurzer Zeit veröffentlichter Bericht seines Finanzausschusses über die Frage der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Donauländer den Ausgangspunkt bildete. Aber natürlich hat die Frage auch für den Völkerbund erhöhte Bedeutung und ein stark politisches Gesicht bekommen, seitdem der Kampf der Großmächte um den Donauraum im Gang ist. Deshalb konnte in der letzten Sitzung nicht eigentlich das interessant sein, was der Völkerbundsrat selbst tun würde — er wollte in diesem Stadium der Verhandlungen offenbar nichts tun —, sondern was die Vertreter der streitenden Mächte erklären würden. Aber auch das fiel in der besonderen Völkerbundsatmosphäre unklarer aus als vor einigen Tagen in London. Zweifelloso herrschte bei den meisten Mächten das Bemühen vor, die Dinge bis zur Ankunft Brünnings und Mac Donalds in Genf möglichst ruhen zu lassen. Das trat besonders bei den Erklärungen Lardieus, Simons und Grandis in Erscheinung, während Deutschlands Vertreter, Staatssekretär v. Bülow, die Gelegenheit zu längeren Ausführungen benutzte, die noch einmal die wichtigsten Gründe der deutschen Auffassung über die wirtschaftliche Seite der Donaufrage klarlegte. Es ist zu begrüßen, daß v. Bülow die Not der Donaufstaaten mit jenen Gesamtfragen, deren Lösung vor allem auf der Tribunkonferenz in Lausanne versucht werden soll, in enge Verbindung brachte und vor dem ständigen Kurieren an Symptomen warnte. Tatsächlich werden ja gerade die Donaufstaaten durch deutsche Tribute aufs schwerste mitbetroffen, weil ein leergeblutetes Deutschland ihnen keinen ausreichenden Absatzmarkt mehr bieten kann. Mit Recht wandte v. Bülow sich auch gegen die einzige Weisheit der Völkerbundskreise, Staaten, die nicht leben und sterben können, nur mit Anleihen helfen zu wollen, also sie in Wirklichkeit nur noch schwerer zu verschulden.

Durch die Vertagung jeder Weiterbehandlung der Donauffrage vor dem Völkerbundsrat auf Mai und durch eine äußerst schwache allgemeine Entschlieung zeigt der Rat, daß er sich selbst möglichst wenig einzuschalten beabsichtigt und die heiße Donauffrage lieber den unmittelbar interessierten Mächten überläßt. Er hat sich die Finger in den letzten Monaten zu oft verbrannt; sein Bedarf ist nach dieser Richtung gedeckt.

„Evangelium der Selbstsucht“

Scharfe englische Kritik am Völkerbund

London, 15. April. Der Vorsitzende des Weltbunds für Freundschaftsarbeit der Kirchen, Lord Dickinson of Paiswid, machte auf der Tagung des Nationalen Rats der Freikirchen Englands, der dieser Tage in Blackpool zusammentrat, wichtige Ausführungen über das Thema: „Die christliche und die internationale Welt“. Der Redner, der ein führendes Mitglied des Englischen Oberhauses ist, übte dabei eine Kritik an der Völkerbundspolitik, wie sie in der angelsächsischen Welt nur selten so deutlich ausgesprochen wird. Er führte die Fehlschläge des Völkerbunds auf die Tatsache zurück, daß „die Mitglieder der Völkerbunderfassung und des Völkerbundsrats nicht den Mut haben, eine Sache einfach deshalb zu tun, weil sie recht ist“. In Genf herrsche das „Evangelium der Expedienz“ (Zweckmäßigkeit, Selbstsucht). Im weiteren Verlauf seiner Rede wies Lord Dickinson auf die schweren Fragen um den polnischen Korridor, die Grenzen Ungarns und die Stellung der österreichischen und slowenischen Minderheiten in Italien hin. „Es würde zum Segen ganz Europas sein, wenn eine gerechte Lösung dieser Streitfragen erreicht werden könnte“.

Das böse Gewissen Poincarés

Paris, 15. April. Kürzlich war vom Pariser Polizeipräsident die Nachricht ausgegangen, Poincaré sei gestorben. In verschiedenen Blättern waren im Anschluß daran Betrachtungen über den Wert oder Unwert Poincarés erschienen und es scheint ihn besonders gedrückt zu haben, daß er fast allgemein als ein hauptsächlichlicher Macher des Weltkriegs bezeichnet wurde. Er möchte vielmehr den Ruhm eines „Mannes des Friedens“ mit ins Grab nehmen, und nun behauptet er gegen diese Nachrede, er habe nie Nachgedanken gehabt. In seinem neuesten Buch über Briand sagt aber der Franzose Marguerite: „Es ist bereits zur historisch beglaubigten Tatsache geworden, daß der Weltkrieg die fixe Idee des lothringischen Präsidenten gewesen ist.“ Poincaré stammt bekanntlich aus Lothringen.

Tagespiegel

Reichskanzler Dr. Brüning ist in Genf eingetroffen. Mac Donald wird am 20. oder 21. April in Genf erwartet.

Der Reichskanzler wird in Genf mit Lardieu, Stimson, Simon und Grandi Besprechungen über die schwebenden politischen Fragen haben. Amlich wird erklärt, nachdem die Präsidentenwahl entschieden und die Fortsetzung der bisherigen deutschen Außenpolitik gesichert sei, stehen die Verhandlungen Brünnings unter ganz anderen Voraussetzungen, als es mitten im Wahlkampf der Fall gewesen wäre.

Im Prozeß gegen den Vertreter des organisierten Stuttgarter Kohlenhandels Hans Erlensbach lautete das Urteil wegen verurlichter Erpreßung auf 350 Mark Geldstrafe.

Das Oberlandesgericht in Celle hat die auf Klage der „Niederländischen Tageszeitung“ gegen den Oberpräsidenten Roske erlassene einstweilige Verfügung des Landgerichts Hannover aufgehoben. Der Rechtsweg sei in dieser Sache unzulässig; Willkürhandlungen Roskes liegen nicht vor.

und war vor Ausbruch des Kriegs Staatspräsident. Poincaré selbst schrieb 1920 in der „Revue d'Université de Paris“, seine Gedanken seien seit seiner Jugend unabhängig über die Grenze gewandert, die Frankreich nach dem Krieg 1870/71 aufgezwungen worden sei. Er habe keinen andern Lebenszweck für das lebende Geschlecht gesehen, als die Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen.

Der alt gewordene Poincaré scheint trotzdem wirklich noch vom Leben zu verlangen, daß es ihn von der Blutschuld reinige, die anscheinend schwer auf ihm lastet, die jedoch niemand von ihm nehmen kann.

Der Riß im deutschen Volk

Wie sehr die innerpolitischen Ereignisse der letzten Tage bereits die parteipolitischen Gegensätze verschärft und die Zerrissenheit gefördert haben — ganz im Gegensatz zu dem so oft verkündeten ehrlichen Herzenswunsch des Reichspräsidenten von Hindenburg der Einigung — geht aus folgenden Meldungen hervor:

Erklärung der badischen Regierung

Karlsruhe, 15. April. In der gestrigen Sitzung des Landtags brachten die nationalsozialistischen Abgeordneten die Anfrage ein, warum das Formationsverbot einseitig gegen die Nationalsozialisten ausgesprochen worden sei und nicht auch gegen das Reichsbanner, und warum die Zugehörigkeit von Beamten zum Reichsbanner geduldet werde, während nationalsozialistische Beamte gemahregelt werden. Von der Regierung wurde hierauf erwidert, die Regierung habe keine Veranlassung, Erhebungen zu veranstalten, in welchem Umfang Beamte des staatlichen Sicherheitsdienstes dem Reichsbanner angehören und sich außerdienstlich in ihm betätigen.

Zur Notverordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der SA gab Staatspräsident Dr. Schmitt im Namen der badischen Regierung eine Erklärung ab, in der es heißt: „Zahlreiche Beamte haben in der letzten Zeit ihre beschworene Treuepflicht gegen den Staat gröblich verletzt. Die Regierung darf und kann hier nicht mehr lange zusehen, wenn nicht das Vertrauen des Volkes zum Staat erschüttert werden soll. Die Regierung mahnt deshalb alle Beamten, den Legalitätsbeteuerungen der NSDAP keinen Glauben mehr zu schenken. Sie hat das Vertrauen zu ihren Beamten, daß sie, nachdem der Reichspräsident so deutlich gesprochen hat, zu ihrer Pflicht zurückkehren. Gegen diejenigen, welche trotz dieser Ermahnungen sich im Sinn der Kommunistischen oder Nationalsozialistischen Partei betätigen, wird die badische Regierung folgende Maßnahmen ergreifen: 1. Den außerplanmäßigen Beamten, den Angestellten und Arbeitern wird die Regierung das Dienstverhältnis im Rahmen des Gesetzes kündigen. 2. Gegenüber den widerruflich angestellten planmäßigen Beamten wird die Regierung gemäß Paragraph 4 des Beamtengesetzes den Widerruf der Anstellung aussprechen und das Dienstverhältnis kündigen. 3. Für die unwiderruflich planmäßigen Beamten gilt folgendes: a) Sie habe diejenigen Folgen zu tragen, die sich wegen Verletzung der Treuepflicht gegen den Staat auf Grund von Disziplinarverfahren nach Maßgabe der bestehenden oder künftigen Gesetze ergeben. Im übrigen sind b) die sogenannten politischen Beamten im Sinn des Paragraphen 27 des Beamtengesetzes in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen; c) bei dem Abbau sind die betreffenden Beamten vorzugsweise in Aussicht zu nehmen. Die Staatsregierung erwartet, daß die Gemeinden ähnlich verfahren. Wegen der Reichsbeamten und der Reichsbahnbeamten wird sich die badische Regierung an die Reichsregierung wenden.“

Die NSDAP hat beim Staatsgerichtshof eine einstweilige Verfügung gegen die Regierung beantragt auf Unterlassung der in der Regierungserklärung angeordneten Strafe für Beamte, die sich bei der NSDAP betätigen.

Unruhen in Karlsruhe

Karlsruhe, 15. April. Gestern abend kam es in den Hauptstraßen von Karlsruhe anlässlich des SA- und SS-Verbots zu zahlreichen Kundgebungen. Die Polizei ging mit dem Gummiknüppel vor. Bis in die 12. Nachstunde waren etwa 20 Personen festgenommen worden. Am Mittwochabend war die Ruhe einigermaßen wieder hergestellt.

Eine Wahllüge

Hamburg, 15. April. Die Meldung eines Berliner Blatts, die Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) habe vor einigen Wochen der Hitler-Bewegung 120 000 Mark zugewendet, wird von der Hapag als von Anfang bis zu Ende erlogten bezeichnet.

Erklärung Hugenberg

Berlin, 15. April. Dr. Hugenberg veröffentlicht folgende Erklärung: „Die Auflösung der nationalsozialistischen SA ist die erste Regierungshandlung des neugewählten Reichspräsidenten. Sie zeigt mit unerhöhtlicher Deutlichkeit, wie stark die Reichsregierung unter dem Druck der Sozialdemokratie steht. Sie zeigt, wie skrupellos der Marxismus seine Rechnung für die Unterstützung der Hindenburgwahl präsentiert. Aber das Reichsbanner und die sog. Eisernen Front — sie dürfen sich unter dem Schutz der Regierung mit ihren Bürgerkriegsformationen, mit ihren Terrorakten gegen die Rechts, mit ihren offenen Drohungen gegen eine legal zustandekommende Rechtsregierung eindeutig als Staat im Staat gebärden. Ein unerträgliches Willkürregiment soll Freiheit und nationalen Geist unterdrücken. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Werft bei den Preußenwahlen das System über den Haufen, das solche Früchte zeitigt.“

Volksdienst gegen SA-Verbot

Brieg (Schlesien), 15. April. In einer Wählerversammlung des Christlichen Volksdienstes erklärte Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. Strachmann-Erlangen, Privatarmeen seien nicht zu dulden. Aber das Verbot der SA, siehe unter dem schweren Verdacht der Einseitigkeit.

Anfechtungsklage gegen die Notverordnung

Berlin, 15. April. Adolf Hitler hat Rechtsanwalt Dr. Lütgebrune (Hannover) beauftragt, mit allen Mitteln den Rechtskampf gegen die Notverordnung über die Auflösung der SA und SS aufzunehmen. Dr. Lütgebrune hat bereits alle erforderlichen Schritte zur rechtlichen Feststellung der Rechtsungültigkeit der Auflösungsverordnung unternommen. Daneben werden wegen der vielfach erfolgten Eingriffe in Privatrechte durch Beschlagnahme von Sachen, Schließung von Baulichkeiten und dergleichen Zivilansprüche geltend gemacht werden, so daß auch die Zivilgerichte zu der Frage der Ungültigkeit der Verordnung ebenfalls Stellung nehmen müssen.

Klage vor dem Staatsgerichtshof auch gegen das Verbot der Hitlerjugend

München, 15. April. Zu dem Verbot der Hitlerjugend durch die preussischen Behörden teilt die Reichsleitung der NSDAP mit, daß auch gegen dieses Vorgehen sofort Klage beim Staatsgerichtshof eingereicht wurde.

Nationalsozialistischer Antrag auf Auflösung des Reichsbanners

Bremen, 14. April. In der Bremischen Bürgerschaft ist ein nationalsozialistischer Antrag eingegangen, der den Senat auffordert, das Reichsbanner aufzulösen.

Verbot des Reichsbanners gefordert

München, 15. April. In einem offenen Brief an den Reichsminister Brüning im „Völkischen Beobachter“ fordert Rechtsanwalt Graml II die sofortige Auflösung des Reichsbanners als selbstverständliche Folgerung des Verbots der SA. Da nun die SA und SS aufgelöst seien und die NSDAP eine reine Partei geworden sei, sei es ebenso selbstverständlich, daß das preussische und badische Verbot der Zugehörigkeit von Beamten zur NSDAP aufgehoben werden müsse, denn die Reichsverfassung gewährleiste ausdrücklich den Beamten die Freiheit der politischen Meinung.

Keine Auflösung des Reichsbanners

Berlin, 15. April. Auf die Forderung, daß auch das Reichsbanner verboten werden soll, wird vom Reichsinnenministerium erklärt, selbst in nationalsozialistischen Zeitungen sei immer wieder betont worden, daß das Reichsbanner gegenüber den SA unterlegen sei. Das Reichsbanner sei nach der Beweisführung der nationalsozialistischen Zeitungen mit der Kraft der SA nicht zu vergleichen. Es bestehe somit kein Anlaß, das Reichsbanner aufzulösen. Ebenso sei die Auflösung des Stahlhelms nicht beabsichtigt.

Neue Nachrichten

Neue No'verordnung gegen Wertpapiergeschäfte

Berlin, 15. April. In den letzten Wochen sind in wachsendem Umfang Versuche unternommen worden, den Erlös aus dem Verkauf deutscher Wertpapiere ausländischen Besitzern unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen in Devisen umzuwandeln. Die zuständigen Stellen haben sich daher veranlaßt gesehen, in einer No'verordnung und in einer 11. Durchführungsverordnung zur Devisenverordnung weitere Beschränkungen auf dem Gebiet des Wertpapierverkehrs zu verfügen. Die Aushändigung aus Ausländerdepots im Inland wird künftig von einer Genehmigung abhängig gemacht, um zu verhindern, daß die Wertpapiere in die Hand von inländischen Strohmannern gelangen und von diesen als Inländerbesitz veräußert werden. Bei Stücken, die sich am 12. November 1931, dem Zeitpunkt der Einführung der ersten Beschränkung, nicht bereits in einem inländischen Depot befanden, wird außerdem zur Bedingung gemacht, daß die Veräußerung erst binnen einer von der Stelle zu bestimmenden Frist erfolgen darf. In der Regel erfolgen die verbotswidrigen Verkäufe im sog. „Tafelgeschäft“, ohne daß die Ausländereigenschaft des Verkäufers erkennbar wird. Daher mußte das Tafelgeschäft allgemein überwacht werden.

Außerdem sind Strafverschärfungen vorgesehen.

Sievers preußischer Landtagskandidat?

Berlin, 15. April. Wie der D. Evang. Pressedienst mitteilt, scheint es Tatsache zu sein, daß die Sozialdemokratische Partei Preußens den Freidenkerführer Max Sievers als ihren Kandidaten für die Landtagswahl aufstellt. Dies würde eine Rücksichtslosigkeit gegen das preußische Zentrum wie gegen die evangelische Mitglieder der Soz. Partei sein. Sievers erklärte auf dem Weikongress der Freidenker im September v. J. in Berlin: Wir stehen in Todesindisposition zur Kirche. Wir klagen die Kirche des Volksverrats an und werden mit Leidenschaft dafür kämpfen, daß das Volk sich von dem verräterischen Christentum abwendet und das Urteil an der Kirche vollstreckt.

Der Danzig-polnische Einfuhrstreit

Danzig, 15. April. Der Danziger Senat hat auf Grund des Abkommens vom 1. April 1922 dem Völkerbundskommissar Graf Orayna einen Antrag unterbreitet mit dem Ersuchen, eine Entscheidung zu fällen, die u. a. besagen soll: Die Freie Stadt Danzig hat das Recht, Waren, die für den Bedarf ihrer Industrie, Landwirtschaft und Handwerk im Rahmen ihrer Produktionsfähigkeit nach dem Gebiet Danzig zur Einfuhr zugelassen sind und im Gebiet der Stadt verarbeitet oder bearbeitet werden, nach Polen abzuführen. Die polnische Regierung ist verpflichtet, alle Maßnahmen unverzüglich aufzuheben, die zu einer Behinderung des Abflusses dieser Waren führen. Sie ist ferner verpflichtet, solche Waren, die von der polnischen Regierung beschlagnahmt worden sind, unverzüglich freizugeben.

Spanische Kirchen werden überwacht

Madrid, 15. April. Die Zeitung „Informaciones“ berichtet aus Sevilla, daß wegen der Feuersbrunst, welche die St. Augustin-Kirche zerstört und zahlreiche Kunstgegenstände vernichtet hat, die Geistlichen von nun an einen Ueberwachungsdiens zu Schutz ihrer Heiligenbilder eingerichtet haben. Verschiedene Kirchen haben Aufruf gegeben, die Sakristei, in der die Heiligtümer aufbewahrt werden, durch Panzerplatten zu schützen. Auch soll in den betreffenden Räumen ein Fernsprecheinstellungsapparat werden, um etwaige Ueberraschungsangriffe zu verhindern.

Moratorium gegen Warenanrechnung

Washington, 15. April. Einen neuen Vorschlag zur Lösung der Kriegsschuldenfrage unterbreitete der frühere Gouverneur von Neuport und jetzige Präsidentschaftskandidat W. Smith in einer Rede bei einem Festessen zur Feier des Jefferson-Gebärtstags, bei dem die demokratischen Parteiführer versammelt waren. Der Vorschlag Smiths sieht einen zwanzigjährigen Aufschub der Kriegsschuldentilgungen vor. In diesen 20 Jahren sollten die Vereinigten Staaten jedem Schuldnerstaat 25 v. H. des Bruttowerts der amerikanischen Waren von seiner Schuld abschreiben, die er übernehme. Wenn also ein Staat beispielsweise für 100 Millionen Dollar Weizen, Baumwolle oder Fertigwaren in den Vereinigten Staaten kauft, so sollten von seiner Kriegsschuld 25 Millionen Dollar abgeschrieben werden.

Gegenregierung in der Mandschurei

Peking, 15. April. Eine neue Unabhängigkeitsbewegung soll nach Versicherung amtlicher chinesischer Kreise in der nordmandschurischen Provinz Heilungiang ausgebrochen sein. Es wird erklärt, daß in der Stadt Tsitsikar wieder chinesische Flaggen gehißt wurden, und daß General Ma, der seinerzeit Tsitsikar gegen die Japaner zu verteidigen versuchte und sich augenblicklich in Blagowjeschtschen an der russischen Grenze befinden soll, an den Marschall Tschang-süliang ein Telegramm gerichtet habe, worin er mitteilt, daß er die Unabhängigkeit der Provinz Heilungiang von der neuen mandschurischen Regierung verkündet habe.

Die Finanzhilfe für die Donaufstaaten

Genf, 15. April. Im Völkerbundsrat berichtete heute der norwegische Finanzminister Braabrand über die Feststellungen des Finanzausschusses betr. Finanzhilfe für Desterreich, Ungarn, Bulgarien und Griechenland. Rasche Kreditbeschaffung sei notwendig. Desterreich müsse alle Anstrengungen machen, den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen und die Beamtenfrage zu regeln. Der österreichische Vertreter Befandter Pflügl erklärte, wirksame und schnelle Hilfe sei dringend nötig. Die Eisenbahnen werden keine neuen Schulden aufnehmen dürfen, der Eisenbahnfahrbetrag solle ohne Belastung des Staatshaushalts gedeckt werden. Durch diese Lage sei die Regierung genötigt, die Einfuhr möglichst einzuschränken. Der Rat stimmte dem Bericht zu, ebenso demjenigen über Ungarn. Für Bulgarien werden die Kriegstrübszahlungen vorläufig ausgesetzt und der Transfer für die Auslandsschulden für ein halbes Jahr auf die Hälfte ermäßigt.

Griechenland, das eine Anleihe von 15 Mill. Dollar verlangt und die Einstellung der Zinszahlung am 1. Mai beabsichtigt, wird darauf aufmerksam gemacht, daß es die Verantwortung für einen solchen Staatsbankrott tragen müßte. In einer Entschließung verweist der Rat die griechische Regierung bezüglich der Zinsverweigerung auf den Weg von Verhandlungen mit den Anleihehabern, erklärt sich jedoch mit der vorläufigen Einstellung der Anleihtilgung in Höhe von 300 Mill. Drachmen (16,29 Mill. Mk.) jährlich einverstanden.

**Jede Tasse
Kathreiner
ist eine Tasse
Gesundheit!**

Württemberg

Stuttgart 15. April.

Tagung des Landesverbands der Presse. Unter der Leitung seines ersten stellvertretenden Vorsitzenden, Hauptschriftleiters Oberregierungsrat Dr. Denzel, hielt der Landesverband der Presse Württembergs und Hohenzollerns am Donnerstag in Stuttgart seine Hauptversammlung. Dr. Denzel gedachte zunächst der verstorbenen Mitglieder Wolf Heller, der 28 Jahre lang leitend der Gründung des Landesverbands an dessen Spitze stand, Karl Braumann, Hermann Hiller, Vizepräsident des Landtags, Pfarrer a. D. Dorisch, Postdirektor Gutbrod u. a. Nach dem Jahresbericht zählt der Verband 230 Mitglieder, Redakteure der Tages- und Fachpresse, redaktionell tätige Verleger und Schriftsteller. Den Kassenbericht, der einen befriedigenden Stand der Vereinskasse ausweist, erstattete der Kassier, Schriftsteller Dr. Marquardt. Bei den hierauf vorgenommenen Wahlen wurde das Ehrenmitglied des Verbands, Hauptschriftleiter Wais, zum 1. Vorsitzenden gewählt und Hauptschriftleiter Dr. Horlacher (Süddeutsche Zeitung) zum 1. stellv. Vorsitzenden, Hauptschriftleiter Frey (Deutsches Volksblatt) zum 2. stellv. Vorsitzenden bestimmt. An Stelle des verstorbenen Hauptschriftleiters Braumann wurde Hauptschriftleiter Günzler (Neues Tagblatt) einstimmig in den Vorstand berufen.

Dingeldey in Stuttgart. Gestern Abend sprach im Haus des Deutschtums der Führer der Deutschen Volkspartei Reichstagsabg. Dingeldey. Er erklärte, daß im Kampf um den Reichspräsidenten es aufs tiefste zu beklagen gewesen sei, daß keine Möglichkeit bestand, die ganze Front der nationalen Kräfte hinter Hindenburg zu stellen. Dieser Versuch sei gescheitert, weil Hitler dem Einfluß seiner Unterführer unterlag und Hugenberg versuchte, Hindenburg unter das Joch parteipolitischer Bindungen zu bringen. Hitler und Hugenberg hätten Hindenburg zu seiner Wiedewahl nicht beglückwünscht. Die Auflösung der SA. sei zu begrüßen, es sollten aber auch ähnliche Organisationen anderer politischer Richtungen gleichzeitig verboten werden. Hugenberg habe in seinem „sturen Starrsinn“ der Wirtschaft Milliardenwerte verloren gehen lassen.

Endersbach. Die Wälbungen, 15. April. Baumfrevel. Auf dem Grundstück von Gemeindepfleger Seybold am Weg zur Kapelle wurden in den letzten Tagen an zehn jungen Obstbäumen die Kronen abgetrennt. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden. Dieser Vorfall ist um so bedauerlicher, als auf demselben Grundstück vor zwei Jahren ebenfalls 25 Bäume umgetrennt wurden.

Kornweilheim, 15. April. Selbstmord. Ein hiesiger Handwerksmeister, der seinen Betrieb erst vor wenig Wochen selbst wieder in die Hand genommen hat, vergiftete sich gestern durch Einatmen von Gas. Der Beweggrund ist unbekannt.

Dultenberg. Die Reckarsulm, 15. April. Fahrt in den Tod. Der zurzeit hier weilende 26 J. a. Landwirt-

schaffliche Aufseher A. Haaf wollte auf einem entleertem steuerfreien Motorrad auf der Staatsstraße nach Offenau fahren. Des Fahrens nicht recht kundig, verlor er anscheinend die Herrschaft über das Fahrzeug. Mit voller Wucht wurde er auf das am Eingang der Wirtschaft zur Linde befindliche eiserne Treppengeländer geschleudert, wobei er so schwere Verletzungen am Kopf erlitt, daß wenige Minuten später der Tod eintrat. Der junge Mann stand kurz vor dem Austritt einer Stellung in der Schweiz.

Bad Mergentheim, 15. April. Leichenfindung. Vorgestern wurde bei Bieberbrunn aus der Tauber der Leichnam eines seit Februar d. J. von seiner Dienststelle in Neubronn abhängigen, in Niedersteinach Ode. Reinsbronn gebürtigen 23 J. alten Dienstmanns gefunden. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, wird die Untersuchung ergeben. Der Verstorbene hatte einen Geldbetrag von 9 Mark in der Tasche.

Neckarzimmern, 15. April. Der Blitz schlägt in die Burg des Gög von Berlichingen. Bei einem Gewitter schlug dieser Tage der Blitz in den Bergfried der Burg Hornberg und schlug ein großes Loch in den Zementboden des Raums, in dem die Rüstung des Gög von Berlichingen sich befindet. Die Burg ist bis zur Wiederinstellung geschlossen.

Vom unteren Neckar, 15. April. Feuerüberfall. Als Mitglieder des Vereins Segelflugsport Eberbach a. N. abends mit dem Bauen ihres ersten Segelflugzeugs beschäftigt waren, fielen zwei Schüsse, die durch das Fenster in das Innere des Raums drangen, wo mehrere Leute beschäftigt waren. Man vermutet einen Racheakt. Verletzt ist niemand.

Münzingen, 15. April. Von einem Nutriameibchen angefallen. Auf dem Weg von Münzingen nach Auingen wurden in der Nacht zum letzten Sonntag zwei junge Leute von einem Tier angefallen, so daß sie es mit einem Stock töten mußten. Es war ein entkommenes Nutriameibchen (Sumpfbiber), das ein Angehöriger der Kommandantur des Truppenübungsplatzes Münzingen um 250 Mark erstanden hatte und zur Zucht verwenden wollte.

Tonbach. Die Freudenstadt, 15. April. Explosion im brennenden Haus. Gestern nachmittag brach in dem Doppelwohnhaus und Oekonomiegebäude des Hofhauers Karl Fintbeiner und Christian Keß in Tonbach-Härlsbach ein Brand aus. Das Gebäude lief bis auf die Grundmauern abgebrannt. Das Arnoldsche Nachbargebäude fing ebenfalls Feuer, konnte aber von der Feuerwehr gerettet werden, ebenso wie aus dem abgebrannten Gebäude das Vieh und ein Teil des Mobiliars in Sicherheit gebracht wurden. Während des Brands ereignete sich eine starke Explosion in dem Brandobjekt, von der drei Viertel eines Stodwerts vollständig weggeschleudert wurden. Steine wurden bis in eine Entfernung von 100 Meter geschleudert.

Göppingen, 15. April. Sturm Schäden im Wald. Der in den letzten Tagen tobende Südweststurm, der von ausgiebigen Schneegeföbern begleitet war, hat besonders im Tannenwald an der Straße Faurndau-Schorndorf, auf der Höhe zwischen Wangen und Unterberken erhebliche Schäden angerichtet. Auf dieser Strecke liegen große, starke, zum Teil übermannsdicke Tannen vollständig entwurzelt, während andere in der Mitte geknickt wurden und abgefaßt während man mühten. Mit den Aufräumarbeiten wurden Waldarbeiter beschäftigt.

Ravensburg, 15. April. Schneider festgenommen. Der frühere Oberrechnungsrat Schneider, der als Stiftungsverwalter größere Unterschlagungen begangen hat und seit sieben Wochen verschwunden ist, konnte jetzt in Würzburg festgenommen werden. In einem dortigen Restaurant wurde er von einem Besucher auf Grund des Steckbriefs erkannt und der Polizei gemeldet. Schneider hat sich ohne jeglichen Widerstand festnehmen lassen.

Die Ortsfürsorge Ravensburg beschäftigte sich gestern mit den Unterschlagungen. Es wurde festgestellt, daß diese bis in die Inflationsjahre zurückreichen. Seit der Wiedereinführung einer festen Währung hat Schneider jährlich 5000 bis 6000 Mark veruntreut. Die Kassen- und Rechnungsrevision hat bisher niemals gegen die Rechnungs- und Kasseneinführung Bedenken erhoben. Durch die Urkunden über die in den letzten Jahren vorgenommenen Revisionen sei er, so erklärte Oberbürgermeister Manß zum Schluß seines Berichts, in der Lage, den aktenmäßigen Nachweis zu erbringen, daß die Revision verlagert habe, der frühere Oberbürgermeister habe sich aber keiner Pflichtvernachlässigung schuldig gemacht.

Kiwal zur Frühjahrsputzerei
frücht alle Möbel auf wie neu. Nur noch 80 Pl., Doppelt 1,49 Mk. Erhältlich in allen Drogerien u. Farbwarengeschäften

Lokales.

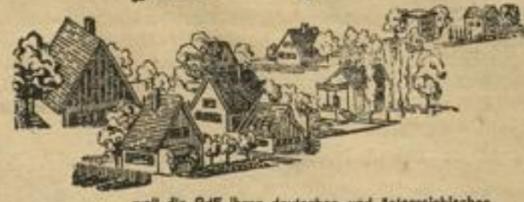
Wildbad, den 16. April 1932.
Kurplatz-Konzert. Am Sonntag, den 17. April 1932, vorm. 11 Uhr, ausgeführt von der Kapelle des Musikvereins unter Leitung: Musikdirektor L. H a g m a n n mit folgender Spielfolge:

1. Beethoven: „Die Ehre Gottes in der Natur“
2. Linke: Ouvertüre zur Operette „Kaktis Hochzeit“
3. Joh. Strauß: Walzer „Kofen aus dem Süden“
4. Siede: Intermezzo „Am Lagerfeuer“
5. Manfred: „Wanderlieder“ Potpourri
6. Herzer: „Hoch Heidecksburg“ Marsch.

Vom Schwarzwaldverein. Auf die im gestrigen Blatte für morgen ausgeschriebene Wanderung weisen wir hfermit nochmals besonders hin. Das Wandergebiet: Größelbachtal — Engelsbrand — Aussichtsturm — Büchenbronn — Dillstein — Pforzheim entzückt immer wieder von neuem. Wir hoffen deshalb, daß sich recht viele Wildbader einen Rud geben, um mitzumachen, und pünktlich zum Zug 10 Uhr 15 erscheinen. Wald Heil!

Wählerversammlungen. Die Sozialdemokratische Partei veranstaltet auf Sonntag nachmittag 1/23 Uhr in der Turnhalle eine öffentliche Wählerversammlung, in der Stadtpfarrer Dr. Schenk el und Reichstagsabgeordneter Dr. Sch u m a c h e r referieren werden. Dr. Schenk el, der 1914 als Vikar in Wildbad tätig war und Dr. Schumacher, der schon früher in Wählerversammlungen hier gesprochen hatte, sind in Wildbad also keine Unbekannten mehr und dürften der Besuch angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen ein guter werden. — Die Volksrechtspartei hält am Sonntag, ebenfalls nachmittags 2/2 Uhr im „Wildbader Hof“ eine Wählerversammlung ab. Es werden sprechen: Stadtrat D e i c h e l und Stadtverordneter Better aus Pforzheim über

336 Familien
kommen
weder ins eigene Heim



woll die Gdf ihren deutschen und österreichischen Bausparern hier für März über 4,6 Millionen RM. zugeteilt hat.

Aufwärts trotz Wirtschaftsmot das bezeugen die letzten Bausparzuteilungen der Gdf

| | | |
|------------|-------------------|-------------------|
| 1931 Sept. | für 289 Bausparer | 3,6 Millionen RM. |
| 1931 Dez. | für 315 Bausparer | 3,8 Millionen RM. |
| 1932 März | für 336 Bausparer | 4,6 Mill. RM. |

In 7 1/2 Jahren insgesamt für
12595 Bausparer 187,5 Millionen RM.

Eine Leistung der Gdf, die unerreicht bleibt. Echtes Bausparen führt zum Wohlstand! Verlangen Sie bitte die kostenlose Aufklärungsschrift A 17 über die Beschaffung billiger unkündbarer Darlehen von der größten und erfolgreichsten deutschen Bausparkasse

Gemeinschaft der Freunde württembergischer Bausparnisse
Gemeinnützige G.m.b.H. Ludwigsburg Württ.

Als Bausparkasse endgültig zugelassen

Öffentliche Versammlungen

Schönbürg: Samstag den 16. April, abends 8 Uhr, im „Ochsen“
 Wildbad: Sonntag den 17. April, nachmittags 2.30 Uhr, im „Wildbader Hof“
 Höfen: Sonntag den 17. April, nachmittags 5.30 Uhr, in der „Sonne“
 Birkenfeld: Sonntag den 17. April, abends 8 Uhr, im „Adler“

Redner: Stadtrat Deichsel, Stadtverordneter Bette, Pforzheim

Thema: „Kommt doch eine neue Inflation?“ - „Volksrecht und Notverordnungspolitik“

Kommt alle!

Volksrecht-Partei

die Themas: „Kommt doch eine neue Inflation?“ und „Volksrecht und Notverordnungspolitik“. — Die Kommunistische Partei hält abends 8 Uhr in der Turnhalle eine Versammlung ab mit Landtagsabgeordneter Schneck als Redner.

Wahlversammlung. Am Dienstag abend hatte die hiesige Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei (Württ. Bürgerpartei) zu einer Wahlversammlung zur Landtagswahl eingeladen. Wenn auch der Saal des Wildbader Hofes nicht voll besetzt war, was im Hinblick auf die Wichtigkeit der Sache und auf die große Bedeutung vor allem des ersten Redners, Herrn D. Wider Stuttgart, zu wünschen gewesen wäre, so konnte man trotzdem mit dem Besuche zufrieden sein. Die Wildbader Freunde und Parteigenossen Dr. Widers wollen sich stets ernstlich vor Augen halten, wie oft schon gerade er in der energischsten Weise für unsere Badestadt und ihre Belange im Landtag eingetreten ist. Nachdem der Vorsitzende der Ortsgruppe Apotheker Stephan in kurzen Worten die schicksalsschweren und entscheidenden Landtagswahlen vor allem auch in Preußen gestreift hatte, begrüßte er in herzlichster Weise die zur Versammlung Erschienenen und dann die beiden Redner des Abends, Herrn Reichs- und Landtagsabgeordneten Dr. Wider und Frau Landtagsabgeordnete Klara Klotz. Auch, eine Frau und treffliche Rednerin, die den Wildbadern schon lange keine Fremde ist.

Sodann übergab der Vorsitzende Herrn Dr. Wider das Wort zu seinen Ausführungen. Er sprach über das Thema: Landtagswahlen und Schicksalswende und führte aus, daß erst unsere heutige wirtschaftliche Not vermocht hätte, den größten Teil gleichgültiger Deutscher aufzurütteln und ihnen die Augen darüber zu öffnen, daß wir tatsächlich vor einer großen Wende in Deutschland stehen. Die nationale und die kulturelle Not des Volkes, die sofort nach dem Krieg eingeleitet und riesenhafte Fortschritte gemacht habe, haben es nicht vermocht dem Volke den Ernst der Lage zu zeigen, jetzt nachdem auch der wirtschaftliche Zusammenbruch in nächste Nähe gerückt und die Not ums tägliche Brot aufs höchste steige, raffen sich auch jene gleichgültigen Kreise auf, sodas tatsächlich am 24. April eine schicksalsschwere Entscheidung fallen müsse.

Der Redner verbreitete sich sodann über wirtschaftliche Fragen der Gegenwart. Er stellte an Hand von mehreren Beispielen das Abwärtsgleiten bei der Fortdauer des heutigen Systems fest und machte darauf aufmerksam, wie seine Partei mit Weitblick und Besonnenheit einen Weg aus diesem Elend hinaus zur Rettung des Volkes und Vaterlandes zeige. Das könne geschehen, wenn bei den Wahlen am 24. April nationaler Stolz, nationale Ehre und nationales Empfinden den Stimmzettel leure. Die Rednerin des Abends verbreitete sich in ihrem sich anschließenden Vortrag mit den z. Zt. schwebenden außerpolitischen Fragen. Noch heute vermeide die Regierung ängstlich, dem Ausland, vor allem Frankreich gegenüber, von der Kriegsschuldfrage zu sprechen, obwohl uns das von Ausländern geradezu in den Mund gelegt worden sei. Die Schamröte müsse jedem ehrlichen Deutschen ins Gesicht steigen, wenn er sich das herausfordernde Gebahren der Polen in Danzig und die Memelvorgänge vergegenwärtige. Die gewandte Rednerin sprach im weiteren Fortgang ebenfalls über die kulturellen Nöte unserer heutigen Zeit, das Vordringen der Gottlosenbewegung, auch in gewissen Schulen und die Machtlosigkeit der heutigen Regierung diesen Vorgängen gegenüber, die in der Zusammensetzung des schwarz-roten Blodes liege. Es sei der heutige Kampf der nationalen Kreise tatsächlich und buchstäblich ein Kampf um die deutsche Seele, die man durch den Kulturbolschewismus beinahe vernichtet habe. Ein Siegfried mit dem Notschwert müsse erstehen, um den unheimlichen Geist zu bekämpfen und den Deutschen wieder deutsch fühlen und deutsch denken zu lernen. Darum am 24. April auf der Wahlliste in Nr. 6 deutschnationale Volkspartei mache Dein Kreuz. Die Rednerin ertönte reichen Dank für ihre trefflichen Ausführungen, welche auch in den sich anschließenden Worten des Vorsitzenden zum Ausdruck kam. An der Diskussion beteiligten sich Herr Kugler, Herr Oberlehrer Kern von der A. S. D. U. P., Herr Bäcker und Herr Fabrikant Mehger. Herr Dr. Wider konnte die Einwürfe leicht entkräften und wies zum Schluß noch einmal darauf hin, daß die D. N. B. P. und ihr bewährter Führer Hugenberg es gewesen seien, die von jeher die verderblichen Wirkungen der Unterschriften unter das Versailler Diktat, den Dawes und Young-Plan, die uns an den Rand des Verderbens gebracht hätten, vorausgesehen und bekämpft hätten.

Um 7/12 Uhr konnte der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung mit dem Dank an die Erschienenen schließen.

Keine Bürgersteuerpflicht mitarbeitender Familienmitglieder. Weit verbreitet ist die Auffassung, daß auch im elterlichen Betrieb mitarbeitende Familienmitglieder steuerpflichtig seien, wenn sie für ihre geleistete Arbeit entweder Naturalentschädigung oder ein Taschengeld erhalten. Voraussetzung für die Bürgersteuerpflicht wäre aber ein Arbeitsvertragsverhältnis. Der Reichsfinanzhof hat in seiner Rechtsprechung das Bestehen eines Arbeitsvertragsverhältnisses, insbesondere bei landwirtschaftlichen Betrieben, verneint. Auch müßte die Naturalentschädigung sowie das Taschengeld als Einkommen angesehen werden können, wofür das Bestehen eines Arbeitsvertrags Voraussetzung wäre. An der grundsätzlichen Verneinung der Bürgersteuerpflicht ändert auch die Durchführungsverordnung vom 1. Oktober 1931 nichts, da auch in ihr ein selbständiges Einkommen Grundlage für jede Besteuerung ist.

Festtags- und Arbeiterrückfahrkarten über Pfingsten 1932. Wie über Ostern werden bekanntlich auch über Pfingsten d. J. bei der Reichsbahn Festtagsrückfahrkarten zu ermäßigten Preisen und mit verlängerter Geltungsdauer für alle Verbindungen ausgegeben. Für die Fahrkarten des gewöhnlichen Verkehrs ausgegeben werden können. Die Karten gelten zur Hinfahrt an den Tagen vom 11. bis zum 16. Mai einschließlich und zur Rückfahrt an den Tagen vom 13. Mai 12 Uhr bis zum 23. Mai einschl. Die Entfernungsgränze von 250 Kilometer wird für die in der Zeit vom 11. bis zum 16. Mai gelösten Arbeiterrückfahrkarten ausnahmsweise aufgehoben.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Befestigtes Todesurteil. Der Dienstinnecht Felix Schieder hatte, wie seinerzeit berichtet, am 2. Februar d. J. seinen Bruder und dessen Frau, die Gastwirtschekule Schieder in Wendersreuth (Oberpfalz), sowie deren 1½-jähriges Kind aus Erbschaftsraub mit der Axt erschlagen und war deshalb vom Schurgericht Weiden zum Tod verurteilt worden. Die gegen das Urteil eingelegte Revision ist vom Reichsgericht verworfen worden. Der Mörder an den Mordtaten ist noch nicht ermittelt.

Auffsehenerregender Prozeß in Birmaens. Wegen aktienrechtlicher Untreue haben sich vor dem Erweiterten Schöffengericht Birmaens zu verantworten: Geheimkommerzienrat Dr. jur. Dr. med. h. c. Richard Brosien aus Heidelberg, Rechtsanwalt Friedrich König aus Mannheim und Kommerzienrat Julius Goertz aus Wiesbaden. Sie sollen als Vorstehender bzw. Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands der Gebrüder Fahr AG., Birmaens, 400 000 Mark veruntreut haben. Außer den genannten Angeklagten waren an den Verfehlungen noch der Kommerzienrat Wendel und die Aufsichtsratsmitglieder von Wagner und von Heyden beteiligt, die jedoch alle drei vor Jahren bereits gestorben sind. Der Gesamtbetrag der Unterschlagungen soll sich auf mehrere Millionen belaufen. Die Angeklagten können jedoch wegen des größten Teils der Verfehlungen nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden, weil sie bereits verjährig sind. Der Prozeß wird voraussichtlich mehrere Tage dauern.

ep. Personalveränderung im Ev. Arbeiterverein. Der Landesverband evangelischer Arbeitervereine Württembergs teilt mit, daß der bisherige Verbandssekretär Eugen Mangold, Eßlingen, aus dieser Dienststellung ausgeschieden ist.

Der Deutsche Landarbeiter-Verband im Jahr 1931. Die Kreisleitung Stuttgart des Deutschen Landarbeiter-Verbandes hielt eine Kreisvorstandssitzung ab, in der Kreisleiter Wais den Rechenschaftsbericht vom Jahr 1931 erläuterte. Im Jahr 1931 wurde durch die Kreisleitung in 156 Fällen Rechtsschutz gewährt. 151 Fälle konnten mit Erfolg durchgeführt werden. Erledigt wurden die Fälle vor den Arbeitsgerichten 61, Amtsgerichten 2, Versicherungsanstalten und Spruchkammern 51 und persönlich 42. Durch den Entzug der Arbeitslosenunterstützung für die Holzbauer durch das Arbeitsamt Nagold im Jahr 1929 entspann sich eine Streikfrage, die von der Kreisleitung bis vor den Reichsgericht in Berlin gebracht wurde und mit einem vollen Sieg des Verbands endete. Erst Ende 1931 kam ein Teil der Holzbauer zu ihrem Recht.

Die Muttermilch für ihre Küken

so gesund
 so wohlschmeckend
 so kräftigend
 so gleichbleibend rein

Muskator

BERGISCHES KRAFTFUTTERWERK
 DOSSELDOORPHAFEN ■ G. M. B. H.

G. Z. 325

S. Aufruf der C. D. B. Eine aus dem ganzen Land von Männern und Frauen stark besuchte Landesversammlung der Christlich-Deutschen Bewegung bittet, sie fordert mit Rücksicht auf die grundlegende Bedeutung des jetzigen gemeinsamen Wahlkampfes gegen das „System“ der marxistisch-römischen Bundesgenossenschaft: daß in Süddeutschland wenigstens die Parteipolemik zwischen D. N. B. und NSDAP. womöglich völlig unterbunden werde. Entgeisungen sind beiderseits schon vorgenommen und zu bedauern. Es sollen insbesondere die Flugblätter keinesfalls vor der Wahl der anderen Bruderpartei warnen.

Der Feinde sind wahrlich genug. Wir wollen einig geben! Unser Ziel muß sein, hier wie in Preußen: eine möglichst starke nationale Gesamtfront. Gegenseitiger Kampf der rationalen Gruppen treibt auch nur dem Christlich-Sozialen Volksdienst Wasser auf die Mühle. Dies in Verbundenheit des gleichen Ziels: eines freien Deutschlands!

Unlauterer Konkurrenzkampf im Stuttgarter Kohlenhandel. Heute begann die Verhandlung anlässlich des von den organisierten Stuttgarter Kohlenhändlern gegen den nicht organisierten Kohlenhändler Walz in Stuttgart geführten erbitterten Konkurrenzkampfes. Der Kohlenhändler Walz war früher selbst organisiert, ist aber dann aus dem Verein Stuttgarter Kohlenhändler ausgetreten, da er sich für eine angebliche Preisunterbietung zu Unrecht bestraft fühlte. Walz führte auch Sammellieferungen an Angestellte von Firmen zu verbilligtem Preis aus. Die organisierten Kohlenhändler lehnen es durch, daß Walz vom Syndikat des Kohlenhandels gesperrt wurde und keine deutschen Kohlen mehr erhielt, so daß er seinen Bedarf im Ausland decken mußte. In einer Reihe von Zivilprozessen hatten die organisierten Kohlenhändler keinen Erfolg. Nun wurde der erste Vorsitzende des Vereins, der Kaufmann Franz Erlebach, von der Direktion der Versicherungsgesellschaft Allianz in Stuttgart nahezulegen, auf ihre Angestellten, die von Walz Sammellieferungen erhielten, einzuwirken, daß Walz keine Kohlen mehr abgenommen werden sollten. Erlebach, der deshalb heute unter der Auflage der versuchten Erpressung vor dem Erweiterten Schöffengericht Stuttgart stand, hatte der Direktion der Allianz ein Schreiben ausgehen lassen, in dem er auf die große Zahl der bei der Allianz versicherten Stuttgarter Kohlenhändler aufmerksam machte und durchblicken ließ, daß die organisierten Kohlenhändler möglicherweise ihre Versicherungen kündigen würden. Bei der Vernehmung befrigt der Angeklagte jedes Schuld; er habe die Allianz mit diesem Schreiben lediglich über die Stimmung der Kohlenhändler unterrichten wollen. Die Verhandlung dürfte voraussichtlich noch den Samstag vormittag in Anspruch nehmen.

Mehrere Millionen verschoben. Die Devisenbewirtschaftungsstelle Düsseldorf hat herausgebracht, daß in letzter Zeit hochwertige deutsche Wertpapiere im Betrag von mehreren Millionen Mark aus dem Ausland nach Deutschland gebracht und an kleine Bankfirmen des Rheinlands von Strohmannern veräußert worden sind, so daß der Erlös, dessen Höhe nicht feststeht, auf unberechtigte Weise ins Ausland gelangt ist. Ein sogenannter Bankvertreter und einer seiner Strohmannen wurden verhaftet. Ihr Vermögen ist beschlagnahmt worden. Die Ermittlungen erstrecken sich über das ganze Reich bis nach Berlin.

Gefährlicher Brandstifter verhaftet. Die Polizei in Pleß (Oberschlesien) hat den Brandstifter gefaßt, durch den in Neu-Anhalt kürzlich sieben deutsche Bauerngehöfte vernichtet worden sind. Es ist dies der polnische Aufständischenführer Bogacki aus Jaroschowik im Kreis Pleß.



Von Arterienverkalkung und Harnsäurekrankheiten
 (Hoch, Rheuma, Gicht) wird man am raschesten durch **Phosphor** bürgerlich u. übersehen! Beide Salze lösen Nieren- u. Harnsäureablagerung auf, wirken blut-, erweiternd u. ausgleichend. Je 1.00 St. 1.00 Mk. bei den meisten Apotheken. **Herberle-Kräuterparadies, Philippsburg 605/11 (Baden).**
 Bei Nierenkrankheit m. hoch. Blutdruck ist auch Nierenkrankheit u. Schilddrüse zu emp. ist ebenf. je 1.00 St., 10 St. 15.- Mk. franco. Schilddrüse über Pflanzenstoffe gratis.

Ungewisse
 Zukunft

für Deine Frau, wenn Du nicht mehr da bist —

für Deinen Sohn, wenn Du ihm nicht mehr helfen kannst —

für Deine Tochter, wenn Du nicht mehr für sie sorgen kannst —

also Lebens-Versicherung!



Sitzung des Gemeinderats
am Dienstag, 19. April 1932, nachm. 2 Uhr.

Tagesordnung:

1. Ortsweg Sprollenhaus.
2. Holzverkauf.
3. Uhrmachertagung.
4. Gewerbeschule.
5. Fürforgesachen.
6. Sonstiges.

Einzug

der Umsatzsteuer-Vorauszahlungen

für das I. Vierteljahr 1932 am Freitag den 15., Samstag den 16. und Montag den 18. April 1932, je zu den üblichen Geschäftszeiten im Rathaus Zimmer Nr. 4.
Bürgermeisteramt

Bekanntmachung.

Hühner und anderes Geflügel richten auf den frisch bestellten Gärten und Feldern beträchtlichen Schaden an. Nach § 59 der ortspolizeilichen Vorschriften ist Hausgeflügel bei Strafvermeidung so zu verwahren, daß es fremden Gärten und Feldern keinen Schaden zufügen kann.

Das Herumlaufen der Hühner und andern Geflügels auf den Straßen ist ebenfalls verboten (§ 17 der ortspolizeilichen Vorschriften).

Zur Zeit der Saat sind die Tauben eingesperret zu halten.

Wildbad, den 15. April 1932.

Bürgermeisteramt.



Freiwillige Feuerwehr Wildbad

Am Sonntag den 17. April 1932
morgens 7 1/2 Uhr



Schulübung

der Beckerlinie ohne Gaschutzabteilung sowie der Jüge I—VI.
Feuerwehrkommando: Schill.

Gewerbe- und Handelsverein.

Seitens der Gewerbeschule wurde Klage geführt, daß die Gewerbeschüler nicht zur bestimmten Zeit in die Schule kommen. Die Lehrherren werden in ihrem Interesse gebeten, dafür zu sorgen, daß ein geregelter Schulbesuch stattfinden kann.

Wildbad, den 16. April 1932.

Der Vorstand.

Elegante Maßanzüge 80

aus reinwollenen und modernen
Kammgarnstoffen liefert von

80

Sport-Anzüge von 70 Mark an

Mark an

Schneidermstr. Riexinger

Öffentliche Versammlung

der Deutschen Volkspartei

am Montag den 18. April, abends 8.15 Uhr
im Saal der „Alten Linde“.

Herr Landtagsabgeordneter Dr. Burger, Stuttgart
spricht über das Thema:

„Worum handelt es sich bei den
bevorstehenden Landtagswahlen?“

Jedermann ist freundlich einladen.

**Kommunistische Partei Deutschlands
Ortsgruppe Wildbad
Wählerversammlung**

Am Sonntag, den 17. April abends 8 Uhr spricht in der
städt. Turn- und Festhalle unser Genosse

Landtagsabgeordneter, Karl Schneck

Freie Aussprache! Eintritt frei! Freie Aussprache!

Sie sparen Geld!

Vom Erzeuger direkt an Verbraucher
daher enorm billig!

1a. Anzugstoffe

blau Wollkammgarn, Meter à R.M. 6.80 und 9.80
grau (Pfeffer und Salz), Meter à R.M. 10.80

Unverbindliche Mustersendung

Geraer Textilfabrikation G. m. b. H. Gera

Statt Karten!

Friedel Bohnenberger

Louis Kappelman

grüßen als Verlobte

Maximiliansau

April 1932

Wildbad

Kiwal zur Frühjahrspulerei

frischt alle Möbel auf wie neu.
Nur noch 80 Pl., Doppelpf. 1.45 Mk.
Erhältlich: Eberhard-Drogerie.

**Sommerberghotel
Wildbad**

**Café und Wirtschaft
wieder geöffnet**

Ausgerechnet in Wildbad

finden Sie jetzt Hamburger Original-Kaffee zu für
jedermann erschwinglichen Preisen:

- | | | |
|-------------------------|----------|-------------|
| Sorte 1 Amboim | 1/4 Pfd. | nur 48 Pfg. |
| Sorte 2 Santos | 1/4 Pfd. | nur 58 Pfg. |
| Sorte 3 Hausmarke | 1/4 Pfd. | nur 68 Pfg. |
| Sorte 4 Perl-Mokka | 1/4 Pfd. | nur 78 Pfg. |
| Sorte 5 Zentral-Amerik. | 1/4 Pfd. | nur 88 Pfg. |

Auf jedes Viertelpfund erhalten Sie einen Gut-
schein, wofür Sie wertvolles Porzellan eintauschen
können.

Unser Tee immer ein Genuß!

- | | | |
|----------------------|----------|--------------|
| Sorte 1 Java Souhong | 1/4 Pfd. | nur 100 Pfg. |
| Sorte 2 Java Orange | 1/4 Pfd. | nur 125 Pfg. |
| Sorte 3 Darjeeling | 1/4 Pfd. | nur 165 Pfg. |

Hamburger Kaffee-Lager Thams & Garfs
(Kaffee ist unsere Spezialität seit über 36 Jahren)
Wilhelmstraße 36 Telefon 383

In den allernächsten Tagen beginnt in Wildbad
wieder ein

Kraftfahrlehrkurs

Württ. Landesfahrschule GmbH.

Ulmerstr. 196 Stuttgart Tel. 40760 u. 41606
zu den bekannt günstigen Bedingungen.

Die Wagen werden von der Landesfahrschule ge-
stellt. Ausbildungen werden auch auf eigenen
Wagen und Motorrädern vorgenommen.

Anmeldungen nimmt unsere

Filiale Calw, Stuttgarterstr. 49, Tel. 234

entgegen, bei der Interessenten jederzeit kosten-
lose Auskunft erhalten.

Sozialdemokratische Partei Bez. Neuenbürg

Am Sonntag, den 17. April, nachmittags 1/3 Uhr, spre-
chen in einer

öffentlichen Wählerversammlung

in der Turnhalle in Wildbad, der Spitzenkandidat der So-
zialdemokratischen Partei für den Bezirk Neuenbürg:

Stadtpfarrer Dr. Schenkel, Zuffenhausen
(bei Kriegsausbruch Vikar in Wildbad)

und
Reichstagsabgeordneter, Dr. Schumacher, Stuttgart
über

**Die Landtagswahlen
und die Sozialdemokratie.**

Zu dieser Versammlung laden wir die Wählerinnen
und Wähler von Wildbad freundlich ein.

Der Bezirksauschuß.



Neue Mäntel

in denkbar großer
Auswahl für jede
Figur vorrätig

Engl. Mäntel 9.50
von Mk. 9 an

Schwarze Mäntel 16.00
von Mk. 16 an

Krüger & Wolff

Pforzheim

Das große Spezialhaus
für Damenkonfektion

**Grasshoff-Kaffee
ist vorzüglich**

Stets frisch gebrannt und
unverändert in Qualität

Je 1/4 Pfund
90, 80, 70 u. 60 Pfg.

Kaffee Hag

Große Pakete 1.46
Kleine Pakete 0.73

Großverbraucher werden ge-
beten, Offerte zu verlangen.

Lebensmittel- u. Feinkosthaus

Fritz Kloss

Gelegenheitskauf!

Wir haben verschiedene sehr
preiswerte gebrauchte, jedoch
sehr gut erhaltene

Pianos

von Mk. 475.— ab und

Harmonium

von Mk. 230.— ab mit 5 Jahre
Garantie zu verkaufen.

Schiedmayer

Pianofortefabrik
Stuttgart

Neckar-
straße 12 Eckhaus

Nur Eingang unter der Uhr
Tel. 26841/42.

**Handwerker- und
Haushaltleitern**

in allen Größen
sind auf Lager bei

Robert Treiber

Gewandtes und ehrliches,
lebiges, jüngeres

Mädchen

für Laden und Ausgänge
nach Wildbad auf 1. Mai d. J.
gesucht.

Off. unter R 200 an die
Tagblattgeschäftsstelle erbeten

**2-3 Zimmerwohnung
auf 1. Mai d. J. gesucht.**

Zu erfragen in der Tagblatt-
Geschäftsstelle.

Torfmuld

für Gartenbau
empfiehlt billigst

Carl Zubač sen.
Tel. 262.



**Schützenverein
Wildbad**

Gegründet 1843

Sonntag den 17. April 1932
ab nachmittags 2 Uhr
findet unser diesjähriges

Schlußschießen

statt.

4 Uhr Ehrenscheibe

Zahlreiche Beteiligung
ist Ehrensache.

Das Schützenmeisteramt.



**Württ. Schwarz-
waldverein
Ortsgr. Wildbad.**

Einladung.

Wir laden unsere Freunde
zu unserer am kommenden
Sonntag stattfindenden Wan-
derung nach Engelsbrand—
Büchenbronn — Dillstein —
Pforzheim ein. Abfahrt mit
der Bahn um 10 Uhr 15 bis
Engelsbrander Haltestelle.

Zugleich geben wir bekannt,
daß unser Verein am Himmel-
fahrtsfest zu einem süddeut-
schen Wandertreffen eine
Wanderung nach Freudenstadt
unternehmen wird.

Näheres folgt.

Der Vorstand.

**Wer Sie besucht
der ist entzückt!**

3 teilige Polstergarnitur
— 2 Sessel, 1 Tisch
zusammen
nur RM. 33.—



dabei bis zehn Monats-
raten bei franco Lieferung
Geben Sie mir heute noch Ihre Adr.

J. Böhm, Oberlangenstadt 241
Möbelfabrik Lichtenfels Land

Möbel-Katalog gratis. Teilzahlung

Evang. Gottesdienst.

Sonntag Jubilate, den 17. April 1932.
9.30 Uhr Predigt (Text: Offens. 2, 8—11; Lied: 26) Stadt-
pfarrer Dauber.

10.45 Uhr Kindergottesdienst.

1 Uhr Christenlehre (Söhne) Stadtpfarrer Dauber.

5 Uhr Bibelstunde Stadtvikar Baun.

In Sprollenhaus.

9.45 Uhr Predigt, anschließend Christenlehre Stadtvikar
Baun.

Donnerstag, den 21. April 1932.

4 Uhr nachm. Bibelstunde im Katharinenstift Stadtvikar
Baun.

Kathol. Gottesdienst.

3. Sonntag n. Ostern Jubilate.

7 Uhr Frühmesse, 9 1/2 Uhr Predigt und Amt.

1 1/2 Uhr Christenlehre und Andacht.

Werktags: 7 Uhr hl. Messe, Donnerstag keine hl. Messe.

Beicht: Samstag nachm. von 4 Uhr an, Sonntag und Werk-
tag vor der hl. Messe.

Kommunion: Sonntag und Werktag bei der hl. Messe, Don-
nerstag 6 1/2 Uhr.